

Michel Dormal

Terrorismus und die Logik des Politischen: einige Klarstellungen

In den Feuilletons und den populären Debatten sind zwei Sichtweisen auf die aktuelle islamistische Form des Terrorismus vorherrschend. Die erste könnte man als modernisierungstheoretisch bezeichnen: Islamismus wird als vormodernes Überbleibsel mittelalterlicher Denkstrukturen und Ausdruck gesellschaftlicher Zurückgebliebenheit gedeutet. Dies ist die Perspektive von Liberalen und Neokonservativen, die als Gegenmittel auf einen Export von Demokratie und Marktwirtschaft setzen. Die zweite Perspektive ist vor allem in der Linken verbreitet: Sie geht davon aus, dass der Terror eine Reaktion auf globale Ungerechtigkeiten sei, eine Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Verzweifelten. Das könnte man als reduktionistische Sicht bezeichnen, da sie den gesamten Komplex der ideologischen Inhalte vernachlässigt, um dahinter die „wahren“ Ursachen wie z. B. „die Globalisierung“ zu betonen. Beide Perspektiven führen in die Irre; nicht zuletzt, so will ich zeigen, weil sie von einem im Grunde unpolitischen Verständnis des Terrorismus ausgehen.

Terror und die demokratische Frage

Die liberale Sicht unterscheidet zu wenig zwischen einem konservativ-reaktionären Islam einerseits, und der militanten Dihad-Bewegung andererseits. Letztere ist nämlich keineswegs nur vergangenheitsverhaftet. Der Dihadismus agiert global, benutzt modernste Medien und steht mit seinem Fanatismus der Bewegung durchaus in partieller Opposi-

tion zu althergebrachten Herrschaftsstrukturen der Familie, lokaler Clans, usw.; was auch erklären mag, warum er trotz seiner frauenfeindlichen Ideologie nicht wenige Anhängerinnen findet. Die Rückkehr zu den goldenen Zeiten Mohammeds wird dabei nicht rückwärtsgewandt, sondern offensiv interpretiert: als Herstellung der gött-

Die liberale Sicht unterscheidet zu wenig zwischen einem konservativ-reaktionären Islam einerseits, und der militanten Dihad-Bewegung andererseits.

lichen Souveränität auf Erden durch Gewalt. Die letzten Jahre zeigten, dass Demokratisierung alleine kein Gegenmittel dazu bildet. Im Irak gelang es den USA erst, Al Kaida erfolgreich zu bekämpfen, nachdem sie die sunnitischen Stammesführer in ihre Strategie einbanden: Fragile Stabilität zum Preis eines Verzichts auf jene weitergehenden Demokratieideale, die bei Kriegsbeginn von Vordenkern der neokonservativen Außenpolitik wie Paul Wolfowitz noch als zentrale Ziele verkündet wurden. Auch die Wahlen in Palästina stärkten die islamistische Hamas, statt sie, wie erhofft, zu schwächen. Es zeigt sich, dass der Islamismus weniger eine rückständige, vordemokratische Bewegung ist, als eine spezifische Antwort auf die für die Demokratie kennzeichnenden Probleme. Darin ist er den anderen beiden totalitären Modellen des zwanzigsten Jahrhunderts, Faschismus und Stalinismus, ähnlich: alle drei begreifen sich als Gegenentwurf zu einer als dekadent und fragmentiert empfundenen Demokratie.

zigsten Jahrhunderts, Faschismus und Stalinismus, ähnlich: alle drei begreifen sich als Gegenentwurf zu einer als dekadent und fragmentiert empfundenen Demokratie.

In der Demokratie ist, wie der Philosoph Claude Lefort¹ schreibt, der „Ort der Macht“ auf Dauer leer – auch der Regierungschef nimmt ihn nicht ein, sondern tut nur auf begrenzte Zeit so *als ob*. Die Repräsentationen der Souveränität sind auf vielfältige Weise absichtlich gebrochen: die Gesellschaft ist nie komplett mit sich selbst identisch, sondern wird offen gehalten. Dabei besteht immer die Gefahr, dass eine Bewegung heraufzieht, um diese Leerstelle wieder zu besetzen und sich selbst als die ungeteilte Vertreterin des richtigen Wissens und des Volks- oder Gotteswillens zu präsentieren. In der Gewalt des Dihadismus steckt ebendieses Versprechen. Als Bewegung entstand der Islamismus nicht zufällig in einer Zeit der Krise und der Transformation der islamischen Gesellschaften, als nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches und seiner politischen, ökonomischen und religiösen Selbstverständlichkeiten ein Macht- und Sinnvakuum entstand (bei dessen Handhabung die kurzzeitigen Kolonialmächte England und Frankreich historisch sicherlich kein gutes Bild abgaben). Die meisten Projekte, dieses Vakuum durch Nationalstaaten zu füllen, scheiterten, oder verlaufen bis

Der vorliegende Text fasst einige Überlegungen zusammen, zu denen der Autor im Rahmen einer wissenschaftlichen Abschlussarbeit arbeitet.

heute krisenhaft. Gerade hier setzt der Islamismus an mit dem Versprechen der *Umma*, der utopischen Gemeinschaft der Moslems unter Gottes Herrschaft. Daher ist er den Mühen der Demokratie gewissermaßen strukturell einen Schritt voraus. Freilich bietet er, ebensowenig wie die anderen totalitären Entwürfe, eine *echte* Alternative an: das Versprechen auf ungeteilte Souveränität kann sich in der Realität nur negativ seiner selbst vergewissern, indem es sich in einen Feldzug gegen innere und äußere Feinde hineinsteigert – gegen Ungläubige, Abtrünnige, und meist auch gegen Juden. Die totalitäre Bewegung benötigt einen „objektiven Feind“, durch den sie sich definiert, und den anzuerkennen einer fatalen Infragestellung ihres absoluten Standpunktes gleichkäme. Gewalt und Ideologie gehen so eine unheilvolle, sich gegenseitig befördernde Verbindung ein, die man nicht mehr ohne weiteres von außen, durch optimistische Appelle an ein „rationales“ Eigeninteresse oder eine Einbindung in politische Verhandlungsprozesse, aufbrechen kann.



Widerstand, Macht und Gewalt

Es zeigt sich also, dass die liberale Sichtweise zu kurz greift. Dagegen steht die Sichtweise der Linken. Diese sieht im Terrorismus vor allem das Produkt der Verhältnisse. Man mag unterscheiden zwischen einer ökonomischen Version einerseits, deren bekanntester Anhänger wohl Noam Chomsky ist, und einer postmodernen Version andererseits. Erstere Variante sieht Terrorismus als stummen Protest gegen Ausbeutung in einer Welt, deren Spielregeln den Ohnmächtigen eben keine andere Möglichkeit mehr bietet. Postmoderne Linke interpretieren auch den Terror selber als kulturelle Artikulation oder als Kommunikation. Jean Baudrillard etwa war von den Anschlägen von 9/11 merkwürdig fasziniert, da seiner Meinung nach „niemand umhin kann, von der Zerstörung einer derart hegemonial gewordenen Macht zu träumen“. Er verklärte den Terror zu einer poetischen „Gabe des Todes“, durch welche das referenzlos gewordene herrschende Zeichen- und Bedeutungssystem von Innen unterbrochen werde². Gemeinsam ist beiden, dass sie den „arroganten“ Westen als eigentlichen Hauptverantwortlichen brandmarken. Die Begrifflichkeit des „Terrorismus“ wird abgelehnt oder relativiert mit dem Argument, es sei ja

nur eine Frage des Standpunkts, also der staatlichen Definitionsmacht, wer als Terrorist gelte und wer nicht. Ein prominenter Verfechter dieser Perspektive war der 2003 verstorbene Edward Said mit seiner These des „Orientalismus“. Demnach sei der „westliche Blick“ auf fremde Kulturen nur eine auf Unterwerfung gerichtete rassistische Projektion. So schreibt Said: „People's movements of resistance against deprivation, against unemployment, against the loss of natural resources, all of that is termed «terrorism»“. Einige Linke unterstützen den Terror explizit als eine Form des „Widerstandes“ gegen die verhassten Verhältnisse, so als sei er nur eine exotische Fassung der Unruhen in den Banlieues, und veranstalteten eine Spendenkampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“.

Diese unheilvolle Attitüde geht ideengeschichtlich u. a. auf Frantz Fanon zurück, dessen Buch *Die Verdammten dieser Erde* (zuerst 1961) im Zuge der 68er-Bewegung zu einer der prägenden Schriften der europäischen Linken wurde. Fanon predigt darin eine „existenzialistische“ Vorstellung anticolonialer Gewalt, durch die der Eingeborene erst wieder zum Menschen werde: In der Gewalt behaupte er sich als handelndes

Subjekt und zerstöre die entfremdenden Bilder, mit denen der Kolonialherr seine Unterwerfung fixiert. Zusammen mit den zeitweilig modischen maoistischen Theorien entstand daraus in der Linken eine weitgehend unkritische Haltung zu Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, die sich als reflexartiges Deutungsmuster bis heute erhalten hat, wenn auch die Euphorie seit den Zeiten Maos doch etwas verblasst ist.

Gegen eine solche Sicht will ich im Folgenden argumentieren. Gewalt wird darin nur als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln aufgefasst. Umgedreht wird auch Politik instrumentell bestimmt: als Machtausübung der herrschenden Klasse gegen die ausgebeutete Klasse. „Die Macht kommt aus den Gewehrläufen“ (Mao). Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Kritik, welche die politische Philosophin Hannah Arendt an der sich radikalisierenden Studentenbewegung und an Fanons Gewaltbegriff übte³. Sie unterscheidet streng zwischen Macht und Gewalt. Macht kann einen neuen Anfang in die Welt setzten, während Gewalt nur *beenden* kann. Ein Einzelner kann Gewalt ausüben, Gehorsam erzwingen, aber er kann nie Macht erzeugen: denn Macht entsteht im gemeinsa-

men, aufeinander bezogenen Handeln. Nicht „in der Gewalt und durch sie“ (Fanon) erfährt der Mensch sich positiv als handelndes Subjekt, sondern nur im gemeinsamen Gebrauch der öffentlichen Macht. Wesentlich für Revolutionen sind daher auch nicht der bewaffnete Aufstand, sondern der erfolgreiche Aufbau von neuen Institutionen, um die Möglichkeit zum Handeln auf Dauer zu sichern – für Arendt der große Unterschied zwischen dem Modell der amerikanischen und der französischen Revolution. Arendt war keine Pazifistin und unterstützte als Jüdin stets die Kriege, die Israel für sein Überleben zu führen gezwungen wurde. Doch zugleich wusste sie, dass Gewalt nie zum Selbstzweck werden darf – Gewalt erzeugt keine handelnden Subjekte, sondern erstickt die Bedingungen des Handelns.

Es gehört für Arendt dagegen gerade zu den wesentlichen Merkmalen totaler Herrschaft, dass diese den intersubjektiven Raum der Freiheit zwischen den Menschen lähmt und alles unberechenbare Handeln auszumerzen versucht⁴. Kennzeichnend für totale Herrschaft ist demnach auch nicht so sehr z. B. eine autoritäre Gesetzgebung, als vielmehr eine amorphe „Weltlosigkeit“, das Fehlen einer allgemeinen politischen Gesetzgebung überhaupt, an deren Stelle eine permanente *Bewegung* tritt, in welcher die Logik der Freund-Feind-Unterscheidung und die Willkür von Führerpersönlichkeiten die einzig verbliebenen normativen Orientierungen bieten. Mit einigem Recht lässt sich der Islamismus daher als eine totalitäre Bewegung kennzeichnen, die keineswegs die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Verzweifelte ist, sondern grundsätzlich *antipolitisch*. Gegen die für Arendt so wichtige Orientierung an der Möglichkeit eines neuen Anfangs steht im Islamismus eine gespenstische Ästhetisierung des Selbststopfers und eine Sehnsucht nach Weltlosigkeit. Dass das Selbstmordattentat zu seiner bevorzugten Waffe werden konnte, ist kein Zufall: Es ist nicht nur ein perfides militärisches Mittel zum Zweck, sondern sagt etwas über die Gesellschaftsvorstellung seiner Anhänger aus. Al Kaidas Motto „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“ ähnelt nicht von ungefähr dem „viva la muerte“ der Faschisten. Denn wo der eigene Körper und der eigene Tod mit Stolz zur Waffe der Bewegung gemacht werden, wird Gesellschaft unmittelbar

an den Leib des Menschen gekettet. Dabei wird Individualität und der einzelne, verletzbare Mensch symbolisch negiert, er hat Berechtigung nur noch als reines Exemplar dessen, für das er sich opfert. Auch der Raum der zugleich verbindenden, wie Autonomie ermöglichenden Vermittlungen *zwischen* den Individuen (in liberalen Gesellschaften die Institution des *Rechts*), in dessen Nischen Selbstreflexion, freie Kommunikation, spontanes Handeln, oder auch nur „pursuit of happiness“ nach abweichenden Vorstellungen ihre Luft

[Die Linke] sieht im Terrorismus vor allem das Produkt der Verhältnisse.

zum atmen finden, wird zerstört und als Schwäche abgetan. Dem entspricht eine Parallelökonomie des Todes, die ein undurchschaubares Netz der Bandenherrschaft entstehen lässt, in dem Terrorgruppen Schulen- und Suppenküchen finanzieren, um dort neue menschliche Bomben zu rekrutieren.

Politische Urteilskraft vs. Verschwörungstheorie

Der Fairness halber bleibt zu notieren, dass Fanon selber kaum zum Kronzeugen für den Islamismus taugt. Fanon blieb seiner Intention nach fortschrittlich. Er bezog sich auf einen realen Konflikt. Für den Islamismus lässt sich dies nicht behaupten. Er hat jegliche Beziehung zur Objektivität verloren, wo er eine Verschwörung von „Juden und Kreuzfahrern“ (Bin Laden) für alle Übel verantwortlich macht. Daher nimmt auch die Gewalt derart maßlose Formen an, die für andere Militante der „Dritten Welt“ niemals in Frage kamen – so hat etwa der südafrikanische ANC Anschläge auf Zivilisten stets abgelehnt. Die „Globalisierung“, die in der Linken gerne als Neokolonialismus angeprangert wird, ist in der Realität ein zwar asymmetrischer aber komplexer Prozess, der kaum so eindeutige Freund-Feind-Unterscheidungen erlaubt oder gar als einzigen Ausweg die Gewalt übrig lässt. Der 2002 erschienene *Arab Human Development Report* nennt so auch eine ganze Reihe endogener Faktoren für die gesellschaftlichen Probleme im Nahen und Mittleren Osten. Der Islamismus aber

hält an seiner Selbstwahrnehmung als Objekt von Kränkung chronisch übersteigert fest, um diese dann gewalttätig nach außen zu projizieren. Da er sich selbst als im Besitz göttlicher Wahrheiten wähnt, muss das eigene Unglück zwangsläufig das Werk einer besonders böartigen Gruppe von Feinden sein. Die Hamas z. B. schreibt in ihrer Charta, dass sowohl Feminismus wie Alkoholismus von den „Zionisten“ verursacht werden, um den Islam zu zerstören. Hans Magnus Enzensberger nannte die Terroristen daher auch „radikale Verlierer“. An „Lösungen für das Dilemma der arabischen Welt“, heißt es im gleichnamigen Essay von 2006, „ist der Islamismus nicht interessiert; ... es handelt sich um eine im strengen Sinn unpolitische Bewegung, da sie keinerlei verhandelbare Forderungen erhebt. Im Klartext wünscht sie, daß die Mehrheit der Bewohner des Planeten, die aus Ungläubigen und Abtrünnigen besteht, kapitulieren oder umgebracht werden soll“.

Wieder gelangen wir so zum Problem einer gegen die Realität abgedichteten Konstellation von Ideologie und Gewalt. Die liberale wie die linke Sicht werden dem nicht gerecht und verkennen das Verhältnis des Terrors zur Logik der Politik. Diese Leerstelle zeugt auch davon, dass ihnen ein angemessener Begriff des Politischen überhaupt fehlt. Hannah Arendt schrieb, der Sinn von Politik sei Freiheit. Freiheit aber kann nur da entstehen, wo Menschen in einer gemeinsamen Welt der Anerkennung und der „Rule of Law“ handeln, in der sie aber zugleich auch auseinandertreten können, „im Plural existieren“ und politische Urteilskraft kultivieren. Die Kritik am islamistischen Terrorismus kann sich daher nicht auf einen neutralen, äquidistanten Standpunkt zurückziehen. Sie muss sich illusionslos aber entschieden auf den Standpunkt des „Westens“ stellen – der zwar seine Glücksversprechen nicht immer erfüllt, aber die Bedingungen kennt, darüber zumindest zu reden und zu urteilen. Der „Gedanke individueller Freiheit und der richtigen Gesellschaft“ hat hier, im Gegensatz zu seinen totalitären Gegenentwürfen, zumindest „noch eine Stätte“ (Max Horkheimer).

¹ z. B. Lefort, Claude: *Essais sur le politique* (1986).

² Baudrillard, Jean: *Der Geist des Terrorismus* (zuerst 2001).

³ Arendt, Hannah: *Macht und Gewalt* (zuerst 1970).

⁴ Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (zuerst 1951).